

Gäste

Herr Georg Dr. Queisner - PricewaterhouseCoopers GmbH

Herr Georg A. Dr. Teichmann - PricewaterhouseCoopers
GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezerent VIII

Herr Dirk Franke - RefL 0650

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Frau Claudia Fricke - Abtl. 66.1

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterh

sachkundige Bürger

Herr Jan Hö

Verwaltung

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65 entschuldigt

" " "

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | "Fahrradwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege"
Antwort der Verwaltung/Berichterstattung innerhalb des 1. Quartals
2023 | 22-19630-01 |
| 2.2 | Baupreisseigerungen | 23-20682 |
| 2.3 | Kompaktbericht "Stadt.Bahn.Plus." - Stadtbahnausbau Braunschweig, Zielnetz 2030 | 23-20710 |
| 2.4 | Sachstand Radwege L 611 Völkenrode/Bortfelder Kreisel und L 473 Timmerlah/Groß Gleidingen | 23-20713 |

3	Grundsatzentscheidung "Öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement": Nachfolgeregelung ab 2026	23-20566
4	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring	23-20323
4.1	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring --- Änderungsantrag zur Vorlage 23-20323	23-20323-01
4.2	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring - Änderungsantrag	23-20323-03
5	Am Wendendorf: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings	23-20537
5.1	Am Wendendorf: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings Änderungsantrag zur Vorlage 23-20537	23-20537-01
6	Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung	23-20614
6.1	Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 23-20614	23-20614-01
6.1.1	Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung	23-20614-02
7	Erfahrungsbericht zu den Verkehrsströmen nach Neustrukturierung der Verkehrsführung im Bereich Helmstedter Straße und Schillstraße und Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße	22-19549
8	Goslarsche Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Tuckermannstraße	23-20668
9	Theodor-Heuss-Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Messegelände Nord	23-20669
9.1	23-20669-01 Theodor-Heuss-Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Messegelände Nord	
10	Am Lehmann: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Neckarstraße	23-20670
11	Hans-Sommer-Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Beethovenstraße	23-20749
12	Umgestaltung des östlichen Ortseingangs Watenbüttel inkl. der Bushaltestellen Schlesierweg	23-20649
13	Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Mergesstraße	23-20546

14	Ideenplattform - Verbesserung der Fahrradsicherheit nördlich Querumer Forst	22-19024
14.1	Ideenplattform - Verbesserung der Fahrradsicherheit nördlich Querumer Forst	22-19024-01
15	Ideenplattform: Projekt OpenBikeSensor	23-20475
15.1	Ideenplattform: Projekt OpenBikeSensor --- Änderungsantrag zur Vorlage 23-20475	23-20475-02
16	Anfragen	
16.1	Stand der bedarfsgerechten Verteilung von Ladestandorten in Braunschweig	23-20735
16.1.1	Stand der bedarfsgerechten Verteilung von Ladestandorten in Braunschweig	23-20735-01
16.2	Einsatz von Recycling-Baustoffen in Braunschweig	23-20703
16.2.1	Einsatz von Recycling-Baustoffen in Braunschweig	23-20703-01
16.3	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie begrüßt als neue Ausschussmitglieder Ratsfrau Jalyschko (Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Ratsherr Dr. Piest (BIBS-Fraktion), die von ihren Fraktionen anstelle von Ratsfrau Viergutz und Ratsfrau Arning in diesen Ausschuss entsandt werden.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth informiert, dass Ratsherr Disterheft und Ratsherr Möller entschuldigt fehlen.

Weiter teilt sie mit, dass verschiedene Drucksachen nach Versand der Tagesordnung übermittelt wurden.

Zur Tagesordnung regt Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth an, TOP 3 an den Beginn der Sitzung vorziehen und stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Grundsatzentscheidung "Öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement": Nachfolgeregelung ab 2026

23-20566

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Die Gutachter Herr Dr. Queisner und Herr Dr. Teichmann stellen die Ergebnispräsentation zur Nachfolgeregelung anhand einer Präsentation vor.

Ratsherr Tegethoff erklärt, die Argumentation zur Empfehlung im Gutachten nachvollziehen zu können. Er vertritt die Zielvorstellung, dass eine Rekommunalisierung wünschenswert wäre. Aus seiner Sicht ist eine vom Status Quo ausgehende Rekommunalisierung immer mit Nachteilen behaftet und damit sehr unwahrscheinlich. Er fragt deshalb, wie eine Rekommunalisierung grundsätzlich angegangen werden könnte.

Herr Dr. Queisner verweist hierzu auf die Differenzierung zwischen einer künftigen Aufgabenwahrnehmung in einer städtischen Organisationseinheit oder einer städtischen Gesellschaft, die ggf. zunächst gegründet werden muss. Grundsätzlich gilt, dass bis zum Jahr 2025 vorbereitet werden muss, sämtlich Dienstleistungen zu übernehmen und hierfür Personal und Knowhow aufzubauen, Material zu beschaffen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Piest informiert Herr Dr. Queisner über die Vorteile einer Gesamtlosvergabe gegenüber der Einzellosvergabe, die sich u.a. aus einem geringeren Steuerungs- und Organisationsaufwand und die Hebung von Effizienzvorteilen durch den Dienstleister ergeben. Das hierfür benötigte Begründungserfordernis erachtet er als erfüllbar.

Hinsichtlich der schnelleren Umsetzung der Verkehrswende und hier insbesondere im Bereich der Parkraumbewirtschaftung verweist Herr Dr. Queisner auf das entsprechende Knowhow des Dienstleisters. Wird der Dienstleister entsprechend angeleitet und in die Leistungsbeschreibung entsprechende Innovationsklauseln aufgenommen werden, ist eine schnellere Umsetzung möglich. Im Falle einer Rekommunalisierung ist dies abhängig von dem erforderlichen Neuaufbau der Struktur.

Herr Dr. Teichmann ergänzt, dass auf dem Markt kein Anbieter für ein „Gesamtpaket“ verfügbar ist. Dies führt wie bereits bei der ersten Ausschreibung vor 15 Jahren zur Bildung von Konsortien, die die Leistung gemeinsam anbieten werden.

Stadtbaurat Leuer hebt hervor, dass die Entscheidung über eine Gesamt- oder losweise Vergabe noch nicht getroffen wurde und Gegenstand der Überlegungen in einem nächsten Arbeitsschritt sein wird.

Herr Dr. Queisner erläutert auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke die Zeitplanung für das Vergabeverfahren, für die er mit einer Vorbereitungszeit von einem Jahr rechnet. Für die Durchführung der Vergabe kalkuliert er drei bis fünf Monate, für das Verhandlungsverfahren mindestens sieben Monate. Diese Zeitplanung ist aus seiner Sicht ambitioniert und setzt Entscheidungsfreudigkeit beim Vergabeverfahren voraus. Eine Vertragsverlängerung um ein Jahr kann als Risikopuffer dienen. Er zeigt sich aus heutiger Sicht zuversichtlich, die Vergabe in dem dargestellten Zeitrahmen zu schaffen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn verlässt um 15:40 Uhr die Sitzung.

Zur weiteren Frage von Ratsherr Dr. Plinke hinsichtlich der Möglichkeit einer umweltfreundlichen Beschaffung (insektenfreundliche Beleuchtung) verweist Herr Dr. Queisner auf das Leistungsbestimmungsrecht der Stadtverwaltung als Auftraggeberin.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn nimmt ab 15:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 15:42 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Knurr spricht sich für eine Rekommunalisierung aus. Auf seine Nachfrage zu den

Gründen für eine mehrere Ratsperioden umfassende Vertragslaufzeit von 15 - 20 Jahren verweist Herr Dr. Queisner auf den Aspekt der Investitionssicherheit für den Dienstleister. Bei einem Vorhaben dieser Art erachtet Herr Dr. Queisner eine lange Vertragslaufzeit als sachgerecht und angemessen.

Ratsfrau Lerche ist mit der bisherigen Gesamtvergabe an einen Dienstleister zufrieden und würde eine erneute Gesamtvergabe an einen Dienstleister begrüßt. In der angestrebten Vertragslaufzeit sieht sie auch einen Vorteil für den Auftragnehmer, weil er u.a. damit seinen Beschäftigten eine Perspektive bieten kann.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion, dass die bisher umgesetzten Privatisierungen gut funktionieren. Insofern spricht hat er sich deutlich für eine Neuaußschreibung der Geschäftsbereiche der Öffentlichen Beleuchtung sowie Lichtsignalanlagen, Verkehrsmanagement, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung aus.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn sagt Stadtbaurat Leuer eine umfassende Information der Gremien zum Leistungsverzeichnis zu, obgleich über das Leistungsverzeichnis keine Beschlüsse vorgesehen sind. Gerne nimmt die Verwaltung dazu auch Hinweise auf.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Geschäftsbereiche der Öffentlichen Beleuchtung sowie Lichtsignalanlagen, Verkehrsmanagement, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung neu auszuschreiben.
2. Mit der Vorbereitung und Durchführung der Vergabe wird ein auf die Begleitung derartiger Projekte spezialisiertes und erfahrenes Beratungsunternehmen beauftragt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

2. Mitteilungen

**2.1. "Fahrradwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege" 22-19630-01
Antwort der Verwaltung/Berichterstattung innerhalb des 1. Quartals 2023**

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 15:54 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Schroth erklärt, dass aus Sicht der Mobilitätsverbände die Radwegweisung über land- und forstwirtschaftliche Wege eine unverzichtbare Ergänzung zum eigentlichen Radwegenetz darstellen. Sie erinnert an den ursprünglichen Vorschlag zur Durchführung eines Workshops mit Vertretern von Verwaltung, Politik, Feldmarkinteressentschaften (FI) und Mobilitätsverbänden.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 15:55 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke weist auf die Genehmigungsbedürftigkeit der Wegweisung durch die FI hin. Eine verkehrliche Erschließung durch Radfahrende birgt ein potenzielles Konfliktpotenzial (u.a. Wegebeschaffenheit). Unter Hinweis auf einen Ortstermin in Lehndorf/Lamme scheint sich eine Lösungsmöglichkeit herauszukristallisieren, die als Einstieg in den Workshop geeignet sein könnte.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 15:57 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Aus Sicht von Bürgermitglied Dr. Wendenburg macht die Durchführung eines Workshops Sinn. Er macht zunächst auf das grundsätzliche Betretungsrecht in der freien Landschaft aufmerksam. Zur Lösung der Konflikte mit den FI erscheint für ihn wesentlich, ob das Netz (mit Einschränkung im Belag) ausgewiesen werden oder eine optimierte Gestaltung erfolgen soll.

Stadtrat Herlitschke stimmt Bürgermitglied Dr. Wendenburg hinsichtlich des Betretungsrechts in der freien Landschaft zu, schränkt jedoch ein, dass das Betreten nur auf eigenes Risiko erfolgt. Sofern eine Wegeführung ausgeschildert wird, wird der Eindruck eines sicher zu befahrenden Weges suggeriert. Die sich hieraus ergebenden versicherungsrechtlichen Problemlagen haben in der Vergangenheit zu einer Rücknahme von Ausschilderungen geführt.

Ratsfrau Mundlos bittet um Auskunft, welche Aufgaben das Planungsbüro übernehmen soll und welche Kosten hierdurch entstehen.

Stadtrat Herlitschke informiert über die Erwartung der Verwaltung, vom Planungsbüro Vorschläge für mögliche technische und rechtliche Lösungen zu erhalten, die auch in den Workshop einfließen sollen. Hinsichtlich der möglichen Beschilderung soll das Planungsbüro unterstützend und ggf. moderierend tätig werden. Auf Nachfrage sagt Stadtrat Herlitschke eine Nachrechnung der Kosten zu.

Protokollnotiz: *Die Möglichkeit, Freizeitwege durch Radfahrende als günstige Verbindungswege zwischen den Ortsteilen und/oder dem bekannten Radwegenetz nutzen zu können, besteht für Ortskundige in der freien Landschaft oder auf Waldwegen grundsätzlich schon heute. Diese Verbindungsoptionen über sogenannte Freizeitwege für Radfahrende und andere Nutzergruppen wie Fußgänger gezielt auszuschildern (z. B. beim Themenweg 'Kleine-Dörfer-Weg'/KDW) führt zu unterschiedlichsten Problemlagen. Diese gilt es mit allen Eigentümern einvernehmlich zu klären. Der gesamtstädtische Aufwand dafür ist in Summe erheblich und mit eigenem Personal zzt. nicht leistbar. Daher beabsichtigt die Verwaltung, wie bei verschiedensten anderen Planungsaufgaben sonst auch üblich, diese Leistungen an ein Planungsbüro zu vergeben. Eine entsprechende Angebotsabfrage befindet sich gerade in der Vorbereitung - unterliegt aber ebenso wie die Vergabe von Bauleistungen einem Wettbewerb und damit auch einem Vergabeverfahren. Ziel eines solchen Planungsauftrages soll es im Rahmen des KDWs sein, Streckenabschnitte zu identifizieren, zu bewerten, Empfehlungen zu baulichen Erfordernissen und zur Ausgestaltung zu geben, zu priorisieren und möglichst mit allen Beteiligten final abzustimmen.*

Kosten für die jetzt zu beauftragenden Planungsleistungen hinsichtlich des KDWs lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht beziffern. In der Vergangenheit war bereits ein Büro mit der Vorplanung des KDWs beauftragt worden, dieses Büro konnte aber die Leistung nicht erbringen und ist nach der ersten Planungsstufe von dem Vertrag zurückgetreten. Erst nach Vorliegen eines auskömmlichen Angebotes, können die zu beauftragenden Leistungen kostentechnisch tatsächlich beziffert werden.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth hebt Stadtrat Herlitschke die für die Verwaltung bestehende hohe Bedeutung des Kleine-Dörfer-Wegs hervor.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.2. Baupreisseigerungen

23-20682

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 16:06 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zum künftigen Ziel, im Hochbau die Lebenszykluskosten als entscheidendes Kriterium herauszustellen, verweist Stadtrat Herlitschke auf das in der Mitteilung 22-18907 dargelegte künftige Verfahren der Hochbauverwaltung im Kontext graue Energie, Energiestandards, bauliche Standards und vergaberechtliche Herangehensweise auf Grundlage des Klimaschutzkonzeptes 2.0. Beispielhaft führt er den künftigen Hinweis in der Ausschreibung auf Zuschlagstoffe im Beton (Reduzierung klimarelevanter Äquivalente) und die Betrachtung der Lebenszykluskosten an.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 16:09 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Köster bittet, die Ausführungen zu Baupreisseigerungen anhand von Beispielen

plastisch darzustellen.

Herr Wiegel informiert am Beispiel „Straße“ über die vor zehn Jahren zugrunde gelegten Kosten von 120 Euro/qm. Heute werden Kosten in Höhe von 250 - 270 Euro/qm angenommen.

Protokollnotiz: Zu den Kostensteigerungen in der Hochbauverwaltung ergeht die Mitteilung 23-21154.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos hinsichtlich der Kosten für Straßenbaumaßnahmen und den damit einhergehenden Auswirkungen auf die Straßenausbaubeiträge verweist Herr Wiegel auf mögliche Schwankungen in beide Richtungen. Die Bürgerinnen und Bürger werden von der Verwaltung darauf hingewiesen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.3. Kompaktbericht "Stadt.Bahn.Plus." - Stadtbahnausbau Braunschweig, Zielnetz 2030 23-20710

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 16:17 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn fragt zum Teilprojekt 2 - Lindenbergs/Rautheim nach den Gründen für die in Vorbereitung befindliche erneute Ausschreibung der Grün- und Freianlagenplanung. Die Verschiebung der Bürgerbeteiligung in das 2. Quartals 2023 und die sich daraus ergebende Verzögerung im Projekt bedauert Ratsherr Kühn. Unter Bezugnahme auf das Teilprojekt 3 - Heidberg/Salzdahlumer Straße - Campusbahn/Querum fragt er, ob das hier neu eingesetzte Personal nicht zur Beschleunigung in dem aus seiner Sicht fortgeschrittenen Teilprojekt 2 eingesetzt werden kann.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 16:20 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer erläutert zur Ausschreibung der Grün- und Freianlagenplanung allgemein die unterschiedlichen Schwierigkeiten (nicht akzeptable oder fehlende Angebote). Zur Frage der Personalzuordnung hebt Stadtbaurat Leuer die grundsätzliche Priorisierung der Projekte Volkmarode und Rautheim hervor. Die Zuordnung von zusätzlichem Personal zu diesen beiden Projekten ist seitens der Verwaltung als Möglichkeit zur Beschleunigung vorgesehen, wenn dieses im Planungsfortschritt sinnvoll erscheint.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.4. Sachstand Radwege L 611 Völkenrode/Bortfelder Kreisel und L 473 Timmerlah/Groß Gleidingen 23-20713

Stadtbaurat Leuer bestätigt auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke die Absicht der Verwaltung, das Projekt Radwege L 611 Völkenrode/Bortfelder Kreisel wiederaufzunehmen, wenn ein positives Signal seitens der Gemeinde Wendeburg gegeben wird.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 16:28 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ungeachtet der politischen Entscheidung der Gemeinde Wendeburg mit der Planung zu beginnen („Schubladenplanung“), wie dies Bürgermitglied Schroth vorschlägt, steht Stadtbaurat Leuer aufgrund der in der Tiefbauverwaltung nur begrenzt zur Verfügung stehenden Planungskapazitäten kritisch gegenüber.

Protokollnotiz: Nach Behandlung dieser Mitteilung unterricht Ausschussvorsitzende Rats-

frau Kluth die Sitzung für eine Sitzungspause in der Zeit von 16:29 Uhr bis 16:37 Uhr.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring	23-20323
4.1.	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring	23-20323-01
	--- Änderungsantrag zur Vorlage 23-20323	
4.2.	Zweite Veloroute in Braunschweig: Wallring - Änderungsantrag	23-20323-03

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage ein

Protokollnotiz: Ratsherr Köster nimmt ab 16:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Wirtz bringt für die AfD-Fraktion den Änderungsantrag 23-20323-01 ein und begründet diesen. Er fragt in diesem Kontext, wer für den ADAC im Beteiligungsverfahren teilgenommen hat und welche Radverkehrsverbände am „Austausch Radverkehr“ teilgenommen haben.

Stadtbaudirektor Leuer informiert über die Teilnahme von ADFC, VCD, Fahrradstadt Braunschweig und Fuß. e.V. am „Austausch Radverkehr“. Aus Sicht von Stadtbaudirektor Leuer war eine Abstimmung mit dem ADAC nicht erforderlich, da es sich um eine bereits bestehende Fahrradstraße und den Ausbau einer Veloroute im Zuge der Fahrradplanung handelt.

Ratsfrau Hahn bringt den gemeinsamen Änderungsantrag 23-20323-03 von SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Änderungsantrags 23-20323-01 an. Er bittet, die Verwaltung, die im Rahmen der Planung ermittelten Kosten für die nächste Haushaltsberatung bis Mitte 2024 bekanntzugeben.

Ratsherr Tegethoff begrüßt den Vorschlag des Wallrings als Veloroute. Auf seine Nachfrage bestätigt Stadtbaudirektor Leuer, dass die vollständige Realisierung die innere Umfahrung des Wallrings vorsieht. Die heute nur unbefriedigenden Querungen (u.a. Wendenstraße, Celler Straße) sind zeitnah für eine planerische Verbesserung in diesem Jahr und Realisierung im kommenden Jahr eingeplant. Der Bereich Löwenwall ist aufgrund seiner besonderen Lage gesondert zu betrachten. Die Fertigstellung des südlichen Abschnitts wird für 2026/27 angestrebt.

Stadtbaudirektor Leuer kündigt zur 1. Veloroute an, den Gremien im 2. Quartal eine Planung vorzulegen. Die hier vorgelegte 2. Veloroute wird abschnittsweise umgesetzt. Finanzmittel für die Querungen Wendenstraße und Celler Straße sind im Haushalt eingestellt. Zum Veloroutennetz wird die Verwaltung den Gremien im 2. Quartal ein Arbeitspapier vorlegen. Das Veloroutennetz wird immer wieder mit dem Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) korrespondieren. Insofern wird das Veloroutennetz bis zum Abschluss des MEP ein Arbeitspapier bleiben.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn informiert Stadtbaudirektor Leuer, dass bei der (südlichen) Umfahrung durch den Bürgerpark bis zum Lückenschluss keine baulichen Maßnahmen zur Erreichung des Veloroutenstandards beabsichtigt sind.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion das Bekenntnis zu einem sinnvollen und bedarfsgerechten Ausbau von Fahrradwegen. Er macht jedoch deutlich, dass aus seiner Sicht ein Gesamtkonzept fehlt. Es sollte zunächst der MEP vorliegen, bevor über künftige Velorouten diskutiert wird. Zudem können Velorouten zu Konflikten mit anderen Verkehrsträgern führen, weshalb der ADAC im Beteiligungsverfahren hätte einzbezogen werden sollen.

Stadtbaudirektor Leuer verweist hierzu auf den vom Rat beschlossenen „Ziele- und Maßnahmenkatalog Radverkehr in Braunschweig“, der der Verwaltung Zeitschienen auferlegt hat. Zunächst den MEP abzuwarten wäre nicht gut für die Förderung des Radverkehrs in Braunschweig.

schweig. Für Stadtbaurat Leuer ist es daher der richtige Weg, die Velorouten jetzt zu planen.

Auf Hinweis von Herrn Demirbas bestätigt Stadtbaurat Leuer die Beachtung der Barrierefreiheit bei der baulichen Herstellung von Geh- und Radwegen entsprechend der erfolgten Abstimmung mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e.V. Darüber hinaus wird es auch Einzelabstimmungen geben.

Ratsfrau Jalyschko hält die vorgestellte 2. Veloroute grundsätzlich für sehr sinnvoll. Sie unterstreicht das Ziel, im Radverkehr eine angebotsorientierte Verkehrspolitik zu verfolgen, weshalb sich insofern nicht auf Zählungen oder Bestandserhebungen fokussiert werden sollte. Zur qualitativen Ausgestaltung bittet sie die Verwaltung, auf die Aspekte Unterbindung des Kfz-Verkehrs, Sicherstellung von ausreichenden Sichtbeziehungen und Überholvorgänge ein Augenmerk zu legen.

Stadtbaurat Leuer sagt eine entsprechende Berücksichtigung der Hinweise zu.

Bürgermitglied Schroth verdeutlicht ihre Ablehnung der durch den Bürgerpark geführten Ausweichroute. Sie begründet dies mit den Geschwindigkeitsunterschieden der Radfahrenden, die gerade im Park zu massiven Konflikten führen. Die Wallringroute sollte aus ihrer Sicht abschnittsweise im entsprechenden Standard realisiert werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 17:25 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 17:26 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer hält einen Lückenschluss durch den Bürgerpark zur Umfahrung für sinnvoll. Er verdeutlicht, dass eine Ausweisung als Veloroute hier jedoch aufgrund des fehlenden Standards nicht vorgesehen wird.

Ratsherr Dr. Plinke bittet, die Zeitplanung für die Realisierung der 2. Veloroute in das Protokoll aufzunehmen.

Protokollnotiz: *Die Zeitplanung befindet sich derzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung und wird nachgereicht.*

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 17:28 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 23-20323-01 und hiernach über den Änderungsantrag 23-20323-03 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20323-01:

Der Beschlusstext der Vorlage wird ersetzt durch die Formulierung:

"Analog zum Erfahrungsbericht in Drs. 22-19549 (Verkehrsführung Helmstedter Straße) führt die Verwaltung an mindestens 2 Zeitpunkten eine vollständige Zählung des Radverkehrs an mehreren Stellen im bereits bestehenden Streckenverlauf der '2. Veloroute' und eine anschließende Hochrechnung der zu erwartenden Verkehrsbelastung durch.
Über eine Realisierung der '2. Veloroute' wird nach Vorlage dieser Ergebnisse entschieden."

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-20323-01:

dafür: 0 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20323-03:

Als zweite Veloroute wird die in der Vorlage 23-20323 dargestellte geplante Zielroute als Wallringroute realisiert.

Die Gremien und Verbände werden in die Planung mit eingebunden.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-20323-03:

dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Beschlussvorlage 23-20323:

Beschlossen in der Fassung des Änderungsantrags 23-20323-03

- | | |
|---|---|
| 5. Am Wendendorf: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | 23-20537 |
| 5.1. Am Wendendorf: Verbesserte Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende im Zuge des Wallrings | Änderungsantrag zur Vorlage 23-20537 |
| 23-20537-01 | |

Herr Wiegel führt in die Vorlage ein.

Ratsherr Pohler bringt für die CDU-Faktion den Änderungsantrag 23-20537-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke erkennt in der im Änderungsantrag 23-20537-01 vorgesehenen, erneuten Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner kein Erfordernis. Er lehnt diesen Vorschlag ab, da eine Informationsveranstaltung stattgefunden hat und alle dort vorgetragenen Einwände behandelt wurden.

Zu seiner Anregung einer sog. „Schlafenden LSA“ sagt Herr Wiegel eine Prüfung zu. Eine Verlängerung der Fahrbahnverengung bis zu den Torhäusern sieht er kritisch, da hierzu u.a. auf der Brücke zusätzliche Lasten aufgebracht werden müssten.

Zu der von Bürgermitglied Schroth nachgefragten Anregung des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) hinsichtlich einer geradlinigen Führung des Radverkehrs verweist Herr Wiegel auf eine Prüfung im Rahmen der Ausführungsplanung.

Ratsherr Pohler erklärt, dass die Kritik an der Planung der Verwaltung trotz Informationsveranstaltung massiv ist. Er hält es daher für sinnvoll, hierauf nochmals einzugehen.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 17:50 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Tegethoff fragt, ob eine mögliche künftige Veloroute in den Planungen berücksichtigt wird.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 17:52 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Wiegel erläutert, dass zunächst der Verlauf künftiger Velorouten betrachtet werden muss. Aufgrund der bereits vorhandenen Radwege im Braunschweiger Standard erscheint dies jedoch grundsätzlich möglich.

Ratsherr Wirtz sieht die vorgesehene Reduzierung der Fahrstreifen sehr kritisch und spricht sich ausdrücklich für eine Beibehaltung der vorhandenen Fahrstreifenanzahl aus.

Nach dem Eindruck von Ratsfrau Jalyschko wohnen die Personen, die sich als Anliegerinnen und Anlieger definieren, in den umliegenden Straßen. Sie kann es nicht nachvollziehen, wenn Partikularinteressen über das Allgemeininteresse gestellt werden soll.

Ratsfrau Mundlos verweist auf die in Braunschweig bei zahlreichen Vorhaben unterschiedlicher Art durchgeführten Bürgerbeteiligungen. Die von den Ausschussmitgliedern heute erklärte Ablehnung, die Informationsveranstaltung zu wiederholen, ist für sie absolut nicht nachvollziehbar, da die Maßnahme weitreichende Auswirkungen auf den Verkehrsfluss haben wird. Aus ihrer Sicht erscheint eine Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger bedeutend, damit die Maßnahme einer breite Akzeptanz erhält.

Stadtbaudirektor Leuer fasst die Bürgerbeteiligung vom 31. Januar 2023 zusammen und erinnert an die umfangreiche Presseberichterstattung zu Planung und Fahrradförderung in den darauf folgenden Tagen. Der Verwaltung liegen insgesamt drei Schreiben vor, von denen zwei

inhaltlich identisch sind. Dies kann nach seiner Auffassung nicht zum Anlass für eine erneute Bürgerbeteiligung genommen werden. Andernfalls kann die Verwaltung das notwendige Tempo zur Veränderung der Mobilität auch vor dem Hintergrund des Klimaschutzes nicht halten. Die vorgestellte Maßnahme ist aus seiner Sicht entscheidungsreif.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 23-20537-01 und hiernach über die Beschlusssvorlage 23-20537 abstimmen.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht nach der Abstimmung die Sitzung von 18:09 Uhr bis 18:18 Uhr für eine Sitzungspause.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20537-01:

Die Verwaltung wird gebeten, vor einem Beschluss über die Planung und den Bau einer Querung der Straße Am Wendendorf eine erneute Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner durchzuführen. Diese Informationsveranstaltung soll in Präsenz durchgeführt werden. Ziel soll es sein, im direkten Austausch eine Lösung zu finden, die auf mehr Akzeptanz bei den Anwohnerinnen und Anwohnern trifft.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-20537-01:

dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Beschlusssvorlage 23-20537:

„Der Planung und dem Bau einer Querung der Straße Am Wendendorf wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis zu Beschlusssvorlage 23-20537:

dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|--------------------|
| 6. Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung | 23-20614 |
| 6.1. Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung
Änderungsantrag zur Vorlage 23-20614 | 23-20614-01 |
| 6.1.1. Magniviertel - Experimentelles Modellprojekt zur Quartiersentwicklung | 23-20614-02 |

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 18:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Pohler bringt für die CDU-Fraktion den Änderungsantrag 23-20614-01 ein, begründet diesen und bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Stellungnahme 23-20614-02.

Für Ratsfrau Jalyschko bedeutet die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen keine Nachteile für die Anwohnenden und Gewerbetreibenden. Aus ihrer Sicht führt ein Beschluss des Änderungsantrags 23-20614-01 zu einer Verzögerung des Modellprojekts.

Ratsherr Kühn erklärt, im Änderungsantrag 23-20614-01 keine zustimmungsfähigen Punkte zu erkennen. Lediglich die genannte Drehung der Einbahnstraßenregelung Ritterstraße zwischen Kuhstraße und Schloßstraße sollte im Rahmen des Projektes betrachtet werden.

Zur Nachfrage von Ratsherr Wirtz erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass viele Potenziale bestehen, dass Anwohnerparken zu erhöhen und der Bedarf für Anwohnerparken innerhalb der Okerumflut abgebildet werden kann. Die Gebühren für Anwohnerparken (30,70 Euro/Jahr) können jedoch verständlicherweise nicht in einer Tiefgarage angeboten werden.

Frau Fricke informiert über den aktuellen Austausch der Verwaltung mit dem Tiefgaragenbe-

treiber hinsichtlich einer künftigen „24/7“-Öffnungszeit. Hierbei werden auch die Finanzierungsmöglichkeiten für die einzelnen Gruppen Nutzender betrachtet.

Ratsfrau Hahn hebt die unmittelbare Anbindung des Magniviertels an zwei Parkhäuser hervor. Sie kündigt ihre Zustimmung zur Verwaltungsvorlage an.

Auf Nachfrage von Ratsherr Pohler bestätigt Stadtbaurat Leuer den 1:1-Erhalt der vorhandenen Anwohnerparkplätze im Magniviertel.

Für Bürgermitglied Dr. Wendenburg stellt sich mit der Entscheidung, innerhalb der Wälle nur noch bewirtschaftetes Parken zuzulassen die Frage nach der angemessenen Höhe der Parkgebühren. Bei einer Anhebung der Gebühren für Anwohnerparken nach Beispiel anderer Kommunen verringert sich die preisliche Differenz zu den Parkgebühren in Tiefgargen deutlich. Er hinterfragt, ob Kraftfahrzeuge noch in das Stadtteil gehörten oder in Tiefgaragen abzustellen sind.

Aus Sicht von Ratsherr Dr. Plinke sollte die vorgeschlagene Drehung der Einbahnstraßenregelung Ritterstraße zwischen Kuhstraße und Schloßstraße nicht vor Beginn des Modellversuchs umgesetzt aber grundsätzlich berücksichtigt werden. Da im öffentlichen Raum des Magniviertels künftig möglichst wenig Autos abgestellt werden sollen, lehnt er Parkpaletten ab.

Ratsfrau Jalyschko kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN eine Ablehnung des Änderungsantrags 23-20614-01 an. Grundsätzlich bestärkt sie die Verwaltung in ihrem Handeln. Sie erwartet bei den vorgesehenen Maßnahmen zur Barrierefreiheit eine enge Abstimmung der Verwaltung mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e.V.. Beispielsweise benötigt der geplante „glatte“ Kopfsteinpflasterüberweg im Bereich Magnikirchplatz eine bauliche Anpassung im Bereich der Borde.

Für Stadtbaurat Leuer ist die Abstimmung mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e.V. obligatorisch.

Zu dem von Ratsherr Tegethoff und Ratsfrau Jalyschko thematisierten Radverkehr im Magniviertel verweist er auf den Ausbau der Veloroute Kastanienallee - Museumstraße - Georg-Eckert-Straße, die aus seiner Sicht zu einer Verlagerung des Radverkehrs führen wird. Die Durchfahrung des Magniviertels wird in diesem Zusammenhang von einem geringeren Interesse sein. Die gute Erreichbarkeit des Magniviertels ist der Verwaltung jedoch wichtig.

Es ist überdies Ziel der Verwaltung, ein Gesamterschließungskonzept zu erstellen. Die Drehung der Einbahnstraßenregelung Ritterstraße wird in diesem Zusammenhang mitgeprüft.

Auf Nachfrage von Herrn Demirbas bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die Freisitzflächen im Magniviertel künftig auf den vormaligen Parkstreifen eingerichtet werden. Gehwege und (besser) begehbarer Bereiche werden freigehalten.

Ratsfrau Kluth erinnert an den ursprünglich von der Bewegung „Fridays for future“ ausgehenden Impuls zu dieser Maßnahme.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion, den ersten Punkt des Änderungsantrags 23-20614-01 nicht zur Abstimmung zu stellen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 23-20614-01 ohne den ersten Punkt getrennt und hiernach über die Beschlussvorlage 23-20614 abstimmen.

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20614:

Die Verwaltung wird beauftragt, die nachfolgend benannten Maßnahmen (s. Anlage) im Magniviertel im Rahmen eines experimentellen Modellprojektes umzusetzen:

- Einrichtung einer Fußgängerzone im Verlauf Ölschlägern von der Einmündung Ritterstraße bis zum Ackerhof
- Einfahrt in die Ritterstraße nur noch für Anliegerinnen und Anlieger sowie für Liefer- und Hotelanfahrverkehr
- Einrichtung von zwei barrierefreien Übergangsbereichen im Verlauf Ölschlägern
- Erweiterung von Fahrradabstellanlagen im Bereich Magnikirchplatz und Ölschlägern

Das Modellprojekt wird vom April bis zum Oktober 2023 durchgeführt und zum Ende der Laufzeit evaluiert. Die Ergebnisse und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen werden den beteiligten Gremien erneut zum Beschluss vorgelegt.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20614-01:

Der Vorlage 23-20614 wird bei Ergänzung der folgenden Aspekte zugestimmt:

- Die entfallenden 14 Anwohner-Parkplätze werden vor Beginn des Modellprojektes in der Tiefgarage Magni zu gleichen finanziellen Konditionen bereitgestellt. Die überschießenden Kosten sind durch die Verwaltung zu beziffern und auszugleichen. Die Öffnungszeiten für eine ständige Erreichbarkeit (insbesondere Einfahrt) sind sicherzustellen.
- Die Verwaltung erarbeitet schon jetzt mit dem Betreiber des Magni-Parkhauses (Park und Tank Betriebsgesellschaft) ein Finanzierungskonzept für die Ausweitung von Anwohner-Parkplätzen in dem Parkhaus nach Ende des Modellprojektes.
- Für bestehende städtische Flächen innerhalb des Magniviertels prüft die Stadt die Möglichkeit moderner, kleiner Parksysteme für KfZ, wie z.B. Unterflur-Parken oder Paletten-Parken.
- Die Stadtverwaltung stellt zu jedem Zeitpunkt die Einhaltung der Grenzwerte für Geräuschemissionen in der „neuen Fußgängerzone“ sicher.
- Die Einbahnstraßenregelung der Ritterstraße zwischen Kuhstraße und Schloßstraße wird umgekehrt, um das Magniviertel von heutigem Durchfahrtsverkehr zu entlasten, welcher über die Stobenstraße/Karrenführerstraße das Magniviertel als Abkürzung nutzt.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-20614-01: (getrennte Abstimmung):

1. Spiegelstrich
wird vom Antragsteller nicht zur Abstimmung gestellt.
2. Spiegelstrich
dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 0
3. Spiegelstrich
dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 0
4. Spiegelstrich
dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 0
5. Spiegelstrich
dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20614:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu Stellungnahme 23-20614-02:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. **Erfahrungsbericht zu den Verkehrsströmen nach Neustrukturierung der Verkehrsführung im Bereich Helmstedter Straße und Schillstraße und Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße** 22-19549

Ratsherr Dr. Plinke bittet die Verwaltung, im Zuge der Änderung der Verkehrsführung durch Drehen der Einbahnstraßenregelung Kurzen Straße die Freigabe des Radverkehrs in Gegenrichtung zu berücksichtigen.

Ratsherr Pohler bittet die Verwaltung, dem Ausschuss in einem Jahr eine Evaluierung der Maßnahme „Kurze Straße“ zur Kenntnis zu geben. Ratsfrau Mundlos präzisiert die Bitte und erwartet eine Information, ob das Drehen der Einbahnstraßenregelung zu Unfällen geführt hat.

Herr Wiegel sagt hierzu eine Rückmeldung der Verwaltung zu. Die Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße, durch Drehen der Einbahnstraßenregelung in Fahrtrichtung Süden, geht zurück auf einen Antrag des Stadtbezirksrats 120 Östliches Ringgebiet, der die Erstellung eines Erfahrungsberichtes zu den Verkehrsströmen nach Neustrukturierung der Verkehrsführung im Bereich Marienstift/Helmstedter Straße/Altewiekring vorsah.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke bestätigt Herr Wiegel den unbefriedigenden baulichen Zustand der Kapellenstraße und kündigt die zeitnah vorgesehene Anordnung einer Tempo 30-Zone an. Weitere Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

Beschluss:

1. Der Erfahrungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 2. Der Änderung der Verkehrsführung in der Kurzen Straße, durch Drehen der Einbahnstraßenregelung in Fahrtrichtung Süden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Goslarstraße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Tuckermannstraße 23-20668

Auf Bitten von Ausschussvorsitzender Ratsfrau Kluth informiert Herr Wiegel zunächst über die grundsätzliche Ausstattung von Haltestellen bei einem barrierefreien Umbau mit Kasseler Bord, taktilen Elementen und bei hohen Fahrgastzahlen zusätzlich mit Dynamischen Fahrgastinformationen (DFI)-Anzeigern.

Stadtbaurat Leuer macht auf die in dieser Beschlussvorlage sowie den Beschlussvorlagen 23-20669, 23-20670 irrtümlich genannte Beschlusskompetenz des vormaligen Planungs- und Umweltausschusses aufmerksam.

Herr Demirbas erläutert, dass sehbehinderte Menschen in ihrer Mobilitätsausbildung darauf konditioniert sind, „vorne“ am Bus zu stehen, um den Busfahrer im Zweifelsfall für Auskünfte ansprechen zu können. Er trägt deshalb die Bitte vor, die DFI-Anzeiger am Beginn der Haltestelle zu errichten, um für sehbehinderte Menschen zusätzliche Wege im Haltestellenbereich zu vermeiden.

Herr Wiegel sagt eine Prüfung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e.V. getroffenen Abstimmung zu.

Ratsfrau Kluth regt an, die Verkehrsflächen der Goslarschen Straße bei einer künftigen Überplanung nach Möglichkeit anders aufzuteilen und für Zufußgehende zu optimieren.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau des Bussteigs in Fahrtrichtung Nord der Bushaltestelle „Tuckermannstraße“ an der Goslarschen Straße gemäß der Anlage wird zugesagt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Theodor-Heuss-Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Messegelände Nord 23-20669

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth macht auf die in der Beschlussvorlage irrtümlich genannte Beschlusskompetenz des vormaligen Planungs- und Umweltausschusses aufmerksam.

Herr Wiegel informiert über den geänderten Beschluss des Stadtbezirksrats 310 Westliches Ringgebiet, der eine Schaffung von drei bis vier Fahrradständern vorsieht.

Es besteht Einvernehmen im Gremium, den Beschlussvorschlag für die Abstimmung ebenfalls entsprechend zu ändern.

Beschluss (geändert):

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau des stadtauswärtigen Bussteigs der Bushaltestelle „Messegelände Nord“ an der Theodor-Heuss-Straße gemäß der Anlage wird zugesagt. **Fahrradständer werden in ausreichender Zahl (mind. drei bis vier) aufgestellt.**“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Am Lehmann: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Neckarstraße 23-20670

Zur Bitte von Ratsfrau Kluth um Berücksichtigung einer Querungshilfe für mobilitätseingeschränkte Personen verweist Herr Wiegel auf eine schwierige Realisierung an dieser Stelle. In einer Entfernung von 120 bzw. 150 Metern sind an den dort einmündenden Straßen bereits Querungshilfen vorhanden.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Bushaltestelle „Neckarstraße“ an der Straße „Am Lehmanngasse“ gemäß der Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Hans-Sommer-Straße: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle
Beethovenstraße 23-20749

Herr Wiegel informiert über den Wunsch des Stadtbezirksrats 330 Nordstadt-Schunterau, ein Fahrradpiktogramm auf dem zu querenden Radweg aufzubringen, um Zufußgehende auf den Radverkehr aufmerksam zu machen. Dies ist aus Sicht der Tiefbauverwaltung nicht erforderlich, da zahlreiche vergleichbare Verkehrssituationen im Stadtgebiet bestehen. Die Verwaltung wird ein Piktogramm jedoch nachträglich vorsehen, wenn kritische Situation bekannt werden.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau des nördlichen Bussteiges der Haltestelle „Beethovenstraße“ an der Hans-Sommer-Straße gemäß Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. Umgestaltung des östlichen Ortseingangs Watenbüttel inkl. der Bushaltestellen Schlesierweg 23-20649

Ratsfrau Kluth reagt eine Aufpflasterung im Einmündungsbereich des zum Ortsteilfriedhof

Watenbüttel führenden Wegs, um eine Unterordnung gegenüber der Celler Heerstraße zu verdeutlichen.

Herr Wiegel gibt den Hinweis, dass es sich hier um einen privaten Weg der Feldmarkintersenschaft (FI) handelt, sagt allerdings eine Klärung der Frage mit der FI zu.

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau der Celler Heerstraße und dem barrierefreien Umbau der Bushaltestellen Schlesierweg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Mergesstraße

23-20546

Beschluss:

„Der Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Mergesstraße wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Ideenplattform - Verbesserung der Fahrradsicherheit nördlich Querumer Forst

22-19024

14.1. Ideenplattform - Verbesserung der Fahrradsicherheit nördlich Querumer Forst

22-19024-01

Ratsherr Dr. Plinke erklärt Beratungsbedarf und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zurückstellen der Beschlussvorlage.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt sodann über den Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Beschluss:

„Vor dem Hintergrund der Zusage der Autobahn GmbH des Bundes (AdB) zur Verbesserung der jetzigen Querung erfolgen keine weiteren Maßnahmen auf der gegenüberliegenden Seite zur Verbesserung der Fahrradsicherheit (Ziffer 2 der Idee).“

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Ideenplattform: Projekt OpenBikeSensor

23-20475

15.1. Ideenplattform: Projekt OpenBikeSensor

23-20475-02

--- Änderungsantrag zur Vorlage 23-20475

Ratsherr Wirtz bringt für die AfD-Fraktion den Änderungsantrag 23-20475-02 ein und begründet diesen.

Zu seiner Nachfrage zur Funktionsweise der Datenaufzeichnung erläutert Herr Wiegel den vom Radfahrenden im Einzelfall zu bestätigenden Überholvorgang für die Erhebung eines Datensatzes. Da der Sensor rechts und links erkennen kann, ist eine Unterscheidung zwischen Überholvorgang und einem Vorbeifahren an parkenden Fahrzeuge möglich.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 19:32 Uhr die Sitzung.

Für Ratsherr Tegethoff ist dieses Projekt ein sehr sinnvoller Ansatz zur Erhebung von Verkehrsdaten und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Das im Änderungsantrag 23-20475-02 geforderte Erheben sämtlicher GPS-Positionsdaten erscheint ihm wenig sinnvoll, da die Sensoren Hinweise auf Problemstellen liefern sollen. Er erklärt, den Änderungsantrag 23-

20475-02 abzulehnen und dankt der Verwaltung abschließend für das Aufgreifen des Projektes OpenBikeSensor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 19:35 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Jalyschko schließt sich den Ausführungen von Ratsherr Tegethoff an.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 19:37 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 23-20475-02 und hiernach über die Beschlussvorlage 23-20475 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-20475-02:

Der erste Teil der zu beschließenden Maßnahmen wird wie folgt geändert:

- Die durch das Projekt gesammelten Daten (Abstandsmessungen der Sensoren und insbesondere die GPS-Positionsdaten sämtlicher Fahrten) werden im Open Data-Portal der Stadt hinterlegt, so dass sie eine noch größere Sichtbarkeit erlangen.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-20475-02:

dafür: 0 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20475:

Das Projekt OpenBikeSensor wird durch die offiziellen Stellen der Stadt wie folgt unterstützt:

- Die durch das Projekt gesammelten Daten werden im Open Data-Portal der Stadt hinterlegt, so dass sie eine noch größere Sichtbarkeit erlangen.
- Der Projektfortschritt und die Ergebnisse werden der Verwaltung in regelmäßigen Abständen vorgestellt bzw. zur Verfügung gestellt, so dass die gewonnenen Erkenntnisse gemeinsam diskutiert und Lösungen im Sinne der Radverkehrsförderung entwickelt werden können.

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20475:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Anfragen

16.1. Stand der bedarfsgerechten Verteilung von Ladestandorten in Braunschweig 23-20735

16.1.1. Stand der bedarfsgerechten Verteilung von Ladestandorten in Braunschweig 23-20735-01

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 19:39 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-20735-01 wird von der Verwaltung im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

16.2. Einsatz von Recycling-Baustoffen in Braunschweig 23-20703

16.2.1. Einsatz von Recycling-Baustoffen in Braunschweig 23-20703-01

Bürgermitglied Dr. Wendenburg erklärt sich auf Nachfrage von Ausschussvorsitzender Ratsfrau Kluth mit einer Bekanntgabe der Stellungnahme 23-20703-01 im Nachgang der Sitzung einverstanden.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-20703-01 wird von der Verwaltung im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

16.3. Mündliche Anfragen

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 19:40 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn verlässt um 19:40 Uhr die Sitzung.

16.3.1

Bürgermitglied Schroth thematisiert das im Jahr 2016 von der damaligen Landesregierung verabschiedete Radwegekonzept zum Radwegebau an Landesstraßen. Da für die Radwegverbindung an der Landesstraße L635 Hondelage – Flughafen keine Planungsaktivitäten bekannt sind, fragt sie, ob nach wie vor geplant ist, den genannten Radweg zu planen und vor welchem Zeithorizont zu bauen. Sofern die Planungen erst in einigen Jahren starten sollen bittet sie um Auskunft, ob der Radweg an der L635 aus dem vordringlichen Bedarf herausgenommen und - ggf. im Tausch mit dem Radweg an der L611 von Völkenrode zum Bortfelder Kreisel - in den normalen Bedarf überführt werden kann bzw. der Radweg Völkenrode - Bortfelder Kreisel in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden kann.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn Kühn nimmt ab 19:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaurat Leuer verweist zunächst grundsätzlich auf die Zuständigkeit des Landes Niedersachsen für den Bau eines Radwegs an einer Landesstraße. Das Land stellt einen Bedarfsplan mit Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs zum Bau von Radwegen an Landesstraßen auf, für deren Planung und Realisierung das Land Niedersachsen zuständig ist. Infolge der Zuständigkeit des Landes ist seitens der Stadtverwaltung die Planung eines Radweges im Zuge der L635 weder anhängig noch beabsichtigt. Zum Radweg im Zuge der L611 Völkenrode/Bortfeld weist Stadtbaurat Leuer auf die in dieser Sitzung ergangene Mitteilung 23-20713 (TOP 2.1) hin.

Er führt weiter aus, dass der Radweg an der L635 zwischen Hondelage und Flughafen im vordringlichen Bedarf des Radwegekonzeptes des Landes enthalten ist. Somit besteht der grundsätzliche Planungsauftrag für diesen Radweg. Der Verwaltung sind die Aktivitäten des Landes, im Zuge der freien Strecke der L635 einen Radweg zu planen und zu bauen, nicht bekannt. Es ist daher davon auszugehen, dass dort derzeit keine Aktivitäten stattfinden. Gegenüber dem Land hebt die Verwaltung die Wichtigkeit von Radwegen an Landesstraßen regelmäßig hervor.

Beim Radwegekonzept des Landes handelt es sich um ein vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung veröffentlichtes Programm mit Auflistung der einzelnen Projekte des vordringlichen Bedarfs. Ein nachträglicher Tausch von Wünschen aus dem weiteren Bedarf mit Projekten des vordringlichen Bedarfs ist nicht vorgesehen. Für Änderungen bleibt daher die im Koalitionsvertrag vorgesehene Fortschreibung des aktuellen Radwegekonzeptes abzuwarten.

16.3.2

Ratsherr Dr. Plinke informiert über seine im Vorfeld der Sitzung übermittelte Anfrage zu den Kriterien für die Priorisierung der Deckschichterneuerung von Radwegen und der Möglichkeit der Stadtbezirksräte, Anregungen für bestimmte Radwege einzubringen, und bittet um Beantwortung zum Protokoll.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Beantwortung als Protokollnotiz zu.

Protokollnotiz: Bisher wurden die zu sanierenden Radwegabschnitte auf Grundlage der turnusmäßig durch den Begang der Baubezirke durchgeföhrten Inaugenscheinnahme der Geh- und Radwegflächen und der eingegangenen Mängelmeldungen der Bürger ermittelt. Kriterien sind u. a. Aufwölbungen durch Baumwurzeln, Risse, ausgemagertes Material und Schlaglöcher. Weiterhin spielten bei der Auswahl der Sanierungsabschnitte die Durchführbarkeit aus verkehrstechnischer Sicht, der Kostenrahmen, die Interessen der anderen Leitungsver-

waltungen und die Frequentierung eine Rolle. Darüber hinaus wird inzwischen das Ziel der Herstellung von Radwegen mit dem neuen Braunschweiger Standard für Ein- und Zweirichtungsradwege berücksichtigt. Um die Dringlichkeit der Sanierung von Radwegen noch objektiver beurteilen zu können, wurde aktuell eine digitale Zustandserfassung aller von den Baubezirken betreuten Radwege in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Befahrung (es werden hier nur die Oberflächen erfasst) werden künftig in die Gesamtbewertung der Radwegsanierungsmaßnahmen der folgenden Jahre einfließen, um somit eine optimale Priorisierung zu erreichen.

Hinweise können durch die Stadtbezirksräte eingebracht werden. Diese werden dann mit den Ergebnissen der Zustandserfassung abgeglichen. Erforderlichenfalls können sich daraus Änderungen in der Priorisierung ergeben.

16.3.3

Ratsherr Kühn informiert über die von der SPD-Fraktion ursprünglich zur heutigen Sitzung dieses Ausschusses eingereichten fünf Anfragen zu Abfallthemen, die von der Verwaltung bis auf die Anfrage 23-20703 anderen Fachausschüssen zugewiesen wurden.

Er verweist mit der beispielhaften Nennung von ALBA-Themen und der Kreislaufwirtschaft darauf, dass viele Abfall-Themen in diesem Ausschuss angesiedelt sind. Nach dem Verständnis der SPD-Fraktion umfasst die Kreislaufwirtschaft die Abfallvermeidung, die abfallarme Produktgestaltung sowie die Beschaffung entsprechender Güter als auch die Sammlung, Sortierung, Aufbereitung, das Recycling und die Behandlung von Abfällen sowie die umweltgerechte Entsorgung. Alle Themen gehörten deshalb entsprechend zusammen und sollten aus Sicht von Ratsherr Kühn auch einheitlich betrachtet und federführend einem Ausschuss zugewiesen werden.

Stadtbaudirektor Leuer hebt das Thema Abfallwirtschaft im Zusammenhang mit dem Leistungsvertrag zur Erbringung der Abfallwirtschaft hervor. Es ist für ihn unstrittig, alle dazugehörigen Themen wie auch übergeordnete abfallwirtschaftliche Aspekte in diesem Ausschuss zu beraten. Spezielle Fragen zu einzelnen Themen, die die Arbeit einzelner Organisationseinheiten der Verwaltung betreffen, sollten die jeweiligen Fachausschüsse beraten.

Stadtrat Herlitschke ergänzt beispielhaft die Frage des Umgangs mit Grünschnitt. Er hält es für richtig, diese Thematik im Umwelt- und Grünflächenausschuss (UGA) zu behandeln. Da Grünschnitt kein Abfall, sondern ein Wertstoff ist, ist die Frage, ob dieser Wertstoff z. B. einer Biogasanlage zugeführt oder kompostiert wird, ein originäres Thema des UGA.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg verdeutlicht, dass nach seiner Auffassung hier grundsätzlich das Verhalten des Abfallerzeugers Stadt Braunschweig und die Vermeidung von Abfällen im eigenen Abfallaufkommen im Mittelpunkt stehen (Einsatz von Recyclingpapier, Unterstützung von Mehrweg statt Einweg in städtischen Institutionen). Er äußert die Erwartung, dass eine zentrale Verantwortlichkeit in der Verwaltung festgelegt sein muss.

Stadtbaudirektor Leuer verneint den Eindruck, dass kein Gesamtkonzept besteht. Die Zentralverwaltung befasst sich mit entsprechenden Fragestellungen. Die Frage zur Verwendung von Einweggeschirr ist nach seiner Kenntnis in der einschlägigen Dienstanweisung geregelt.

Für das Referat 0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft ist es mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar, über die Gesamtabfallwirtschaft, das Vertragscontrolling und die Strategie in der Abfallwirtschaft hinaus die Verwendung von Einweggeschirr bei verschiedenen Veranstaltungen einzelner städtischer Organisationseinheiten zu regeln. Dies muss die jeweilige Organisationseinheit gewährleisten und steht in keinem Zusammenhang mit dem genannten Gesamtkonzept.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:57 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -